

Seitdem sind die Zusammenkünfte trotz aller Schwierigkeiten regelmäßig durchgeführt worden und haben immer wieder auch eine besonders hohe Bewertung durch die Vertreter der ausländischen Caritasorganisationen gefunden, weil ein solches Gremium Gewähr dafür bot, daß jede Hilfsmaßnahme die Brennpunkte der Not wirklich erreichte.

Im Vordergrund der Beratungen standen neben einer ersten Besinnung über die Stellung der Caritas im kirchlichen und öffentlichen Leben, die Fragen der Kinder- und Jugendhilfe, die besonders die interkonfessionellen und neutralen Aktionen der Kinderfürsorge, die Frage der Jugendwohlfahrt, die Jugend-Heimstattbewegung und die Probleme der Heilpädagogik berührten. Lebhaftes Interesse fanden die Ausführungen des Aumönier Général Adam, des Leiters der katholischen Seelsorge für die zahlreichen deutschsprachigen Fremdarbeiter in Frankreich, die nunmehr zwar nicht durch deutsche, aber doch durch der deutschen Sprache kundige französische Geistliche gewährleistet ist.

Die Hauptsorge des Zentralrates galt wieder der Flüchtlingsfrage, die nun auch für die französische Besatzungszone größere Bedeutung erlangen wird. Als wertvoll wurden die Darlegungen des Präsidenten des vorläufigen Hauptausgleichsamtes, Oberpräsidenten a. D. Dr. H. Lukaschek, betrachtet, der über den geplanten und zu erwartenden Lastenausgleich sprach. Bei allen riesenhaften Schwierigkeiten, die diesem Ausgleich entgegenstünden, werde er doch als ein erster großer Schritt zur Überwindung der bittersten sozialen Mißstände versucht werden müssen.

An der Diskussion nahmen auch die drei amerikanischen Vertreter der National Catholic Welfare Conference lebhaften Anteil. Dabei ergab sich, daß die bisherige Art der caritativen Auslandshilfe allmählich zum Abschluß kommen wird, daß aber bereits neue Wege ausländischer Hilfe in Aussicht genommen sind.

Trotz der schwierigen Lage, in der jede Diözese durch die Währungsreform und die Notlage im eigenen Gebiet geraten ist, soll durch gemeinsame Anstrengungen insbesondere den kirchlichen Notstandsgebieten im Norden und im Osten geholfen werden.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Krieg ist keine Waffe gegen den Kommunismus

Die Tatsache, daß Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache die Möglichkeit eines gerechten Verteidigungskrieges angesichts der heutigen Weltlage in Betracht zog und sich dahin äußerte, daß er sittlich erlaubt, ja sogar gefordert sein könne, hat manche Kreise dazu verführt, das Grundmotiv der Rede des Papstes zu überhören und sie als Ermutigung der Westmächte zum kompromißlosen Widerstand gegen den Osten zu deuten. Daß in Wahrheit der Kirche nichts ferner liegt als die Auffassung, man könne durch die Gewalt der Waffen dem Kommunismus überwinden, zeigt ein wichtiger Aufsatz des „Osservatore Romano“ (16. 4. 1949) über das Thema „Die Kirche und der Krieg“ vom Chefredakteur des offiziellen vatikanischen Blattes, Graf Della Torre.

Der Aufsatz ist dem Friedenswerk des Papstes gewidmet und antwortet zugleich auf die häufigen Vorwürfe, die die italienischen Kommunisten in letzter Zeit erhoben haben und die sich jüngst auch das Blatt der „Fortschrittlichen Christen“ in Italien zu eigen machte: die Kirche hetze zum Krieg.

„Osservatore Romano“ antwortet darauf:

„Keine Kränkung ist betrüblicher und keine Beleidigung heimtückischer als die Aussage, daß die Kirche den Krieg unterstütze“. Die Kirche könne im Krieg kein geeignetes Mittel erblicken, den Kommunismus auszurotten, „weil es unmöglich ist, eine Idee mit Druckmitteln unwirksam zu machen, sie mit Gewalt zu zerstören und im Blut zu ertränken.“

Jeder, der an einen Krieg mit Rußland, an seine mögliche Niederlage oder Auflösung denkt, um den Kommunismus zu vernichten, begeht einen unverzeihlichen Irrtum. Der Kommunismus ist nicht nur ein politisches Phänomen, eine bloße Schachfigur einer internationalen Gesellschaft. Er ist vielmehr in erster Linie ein sittliches und wirtschaftliches Motiv und eine Tatsache, die durch die soziale Ungerechtigkeit und alles Unrecht, das ein dreißigjähriger Kriegszustand aufgehäuft hat, eine erhöhte und gefährliche Bedeutung gewinnt.

Ein Krieg und ein geschlagenes Rußland würden ihn zwingen, auf der Stelle zu treten, aber nicht, sich selber aufzugeben.“

Die Frage des gerechten Krieges Unlängst hat der „Osservatore Romano“ in einem Leitartikel nochmals ganz allgemein die Frage der Möglichkeit eines gerechten Krieges aufgeworfen. Der Artikel stammte von dem Bischof von Parma, Msgr. Evasio Colli. In diesem Aufsatz heißt es:

„Was sagt uns die Kirche in diesem beunruhigenden Augenblick der Geschichte?

Die Kirche verurteilt den Krieg.

Vielmehr die Kirche verurteilt nicht nur den Krieg „auf Grund seiner Schrecken und Grausamkeiten, seiner Verwüstungen und seiner Folgen“, sondern sie verabscheut den Krieg auch und vor allem, „weil das Gebot des Friedens göttlichen Rechts ist“ und weil der Krieg das Naturgesetz der Einheit unter den Völkern bricht.

Aber hier erhebt sich eine neue Frage: gibt es nicht gerechte Kriege? Eine wichtige Frage.

In der Vergangenheit konnte man leicht von gerechten und ungerechten Kriegen reden. Heute, bei den neuen totalitären Methoden, Krieg zu führen, müssen wir dem, der uns fragt, ob es noch einen gerechten Krieg geben könne, sogleich antworten: theoretisch ja, praktisch wohl nie.

Der heilige Thomas von Aquin zählt drei Bedingungen auf, die zu einem gerechten Krieg notwendig sind: daß er von der legitimen Autorität geführt wird; daß er für eine gerechte Sache geführt wird; und daß er mit ehrlichen Absichten und Mitteln ausgefochten wird.

Diese drei Bedingungen sind nun in den modernen Kriegen beinahe unmöglich erfüllt, 1. weil das Volk sie nicht mehr will; 2. weil Schäden und Risiko in keinem Verhältnis zu der Sache stehen, um die gekämpft wird; 3. weil die Mittel, deren sich die modernen Kriege bedienen, der Gerechtigkeit widersprechen...

Aus allem, was bisher gesagt worden ist, darf man wohl schließen, daß 1. der Angriffskrieg immer ein Verbrechen

ist; 2. daß auch der Verteidigungskrieg heute moralisch zum mindesten tollkühn sein kann; 3. daß die Verteidigung des Rechts jeder Nation durch eine ständige Vereinigung der Nationen garantiert und durchgeführt werden sollte mittels Schiedssprüchen oder auch kollektiver bewaffneter Macht ..."

Bodenreform in Italien beginnt

Zum Jahrestag ihres Wahlsieges haben sich die Christlich-Demokratische Bewegung und die Regierung de Gasperi entschlossen, mit der Verwirklichung ihrer Wahlversprechungen und Programmsätze bezüglich der Bodenreform zu beginnen. Eine Proklamation kündigte zu Ostern an, daß 1,2 Millionen ha Land aus dem Staats- und Großgrundbesitz in kleinbäuerliches Eigentum verwandelt werden sollen.

Die Pflicht zur Landabgabe trifft etwa 8000 Großgrundbesitzer und beginnt bei einem Eigentum von mehr als 120 ha Land oder 300 ha Wald. Bei einem Besitz in dieser Größe werden 20% enteignet. Die Abgabe steigert sich mit der Größe des Grundeigentums bis auf 50%.

Den Grundbesitzern wird eine Frist gewährt, in der sie das abgabepflichtige Land von sich aus an Bewerber veräußern oder verpachten dürfen. Nach Ablauf der Frist erwirbt der Staat das nicht-verkaufte Land und verpachtet es seinerseits. Die Pächter erwerben nach 20 Jahren ihre Pachtländereien als Eigentum. Die Finanzierung dieses Programms wird den Staat 25 Millionen Pfund Sterling kosten.

Um ein richtiges Bild von der relativen Bedeutung dieser Bodenreform zu haben, muß man berücksichtigen, daß 45% des Bodens bereits jetzt in Händen von Bauern mit weniger als 0,4 ha Grundeigentum sind.

Steuern und ihre Hinterziehung

Der „Verband katholischer französischer Unternehmer“ führte kürzlich bei seinen Mitgliedern eine Enquête

durch, inwieweit sie der Erfüllung der Forderung nachkommen, die ihnen aus dem Herrenwort erwächst: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.“

Die Anfrage lautete unverblümt: Betrügen Sie das Finanzamt? Wenn dem so ist, um wieviel? Wie erklären und rechtfertigen Sie das? Wie ist es um Ihr Gewissen beschaffen hinsichtlich der Verpflichtung, Steuern zu zahlen?

Diese Gewissenerforschung hat in Frankreich in viel weiteren Kreisen als denen der katholischen Unternehmer lebhaftes Interesse ausgelöst. Eine Untersuchung der eingegangenen Antworten bestätigt folgende Tatsachen:

Nur sehr wenige betrügen das Finanzamt überhaupt nicht. Die gegenwärtigen Steuerlasten sind sehr schwer, und die exakte Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt verlangt einen wahren Opfergeist. Dennoch wird die Forderung von den Befragten als rechtmäßig anerkannt.

Die meisten von denen, die auf die Rundfrage antworteten, offenbaren die Unruhe, die ihnen die Wahl bereitet: entweder eine wahre Angabe über ihr Einkommen zu machen und unerträgliche Steuern zu zahlen oder ihr wirkliches Einkommen zu verheimlichen.

Die Zahl der Antworten und ihr Inhalt zeigt, daß das Gewissen in Steuersachen nicht vollkommen ausgeschaltet ist. Dies kann als Zeichen des Widerstandes gegen

die immer mehr sinkende öffentliche Moral gewertet werden. Die größere Anzahl derjenigen, die keine wahren Einkommensteuer-Angaben machen, sagen, daß sie kein anderes Mittel sehen, den Fortbestand ihrer Geschäfte zu sichern. Manche denken, daß eine ruinierende und künstlich hochgetriebene Steuer über die Forderung „Gebet dem Kaiser ...“ hinausgeht. So, Kläger und Richter in einem, bestimmen sie selbst die Grenze für das, was sie als recht betrachten.

Ein anderer Entschuldigungsgrund ist folgender: Der Staat, sagen sie, verfolgt mit der progressiven Steuer offensichtlich das Ziel, die Schichtung der Gesellschaft zu ändern. Er benutzt also die Steuer zu einem wesensfremden Zweck. Denn die Steuer ist an sich nur dazu da, die Finanzbedürfnisse der Staatsverwaltung zu decken. Überschreitet sie dieses Maß, kann sie nicht mehr als Gewissenspflicht angesehen werden.

Eine weitere Beweisführung, die gewöhnlich von Ärzten, Juristen, Ingenieuren usw. gebraucht wird, sagt, daß der Staat von vornherein höhere Steuersätze festlegt, weil er damit rechnet, daß falsche Angaben gemacht und zu niedrige Steuern entrichtet werden. Steuern, die so auferlegt werden, verleiten zu Betrug und Umgehung.

Nach diesen Enthüllungen unternahm das Zentralkomitee der französischen christlichen Unternehmer zwei praktische Schritte. Es berief eine Generalversammlung seiner Mitglieder, und es unterbreitete den zuständigen Behörden seine Vorschläge zur Wiederherstellung der Steuerehrlichkeit. Auf dieser Generalversammlung wurde anerkannt, daß der Bürger in seinem Gewissen verpflichtet ist, Steuern zu zahlen. Die Verpflichtung ist ihrer Natur nach schwer, und der, der sie ganz oder in großem Ausmaß umgeht, macht sich einer schweren Sünde gegen die soziale Gerechtigkeit schuldig.

Der an die Regierung gerichtete offizielle Bericht erklärte nachdrücklich, daß alle Reformen wertlos wären, solange sie es nicht erreichten, das ganze Volk zur Gewissenhaftigkeit nicht nur bei der Aufbringung, sondern auch bei der Verausgabung der öffentlichen Gelder zu erziehen. Das Memorandum stellt mit Recht fest: Der Steuerzahler fordert, daß er zu den Staatskosten beitrage wie ein Teilhaber und nicht wie eine Geldquelle, die man rücksichtslos aussaugt. Es enthält sechs praktische Vorschläge.

1. Es soll wenige, einfache und durchsichtige Steuerarten geben.
2. Die Umgehung von Steuern soll nicht als Grund für eine erhöhte Steuerrate betrachtet werden.
3. Die Steuersätze sollen möglichst konstant gehalten werden.
4. Alle sollen möglichst gleichmäßig zur Steuer herangezogen werden.
5. Über die Verwendung der öffentlichen Gelder soll eine klare und genaue Rechenschaft gegeben werden.
6. Der Steuerzahler soll nicht von vornherein als Betrüger angesehen, sondern anständig behandelt werden.

Im Anschluß an diese Überlegungen ist folgende, von „America“ am 26. März 1949 veröffentlichte Steuerstatistik von USA als Beispiel recht aufschlußreich. 1948 gaben 52,6 Millionen Bürger eine Einkommensteuererklärung ab. 2,2 Millionen, d. h. 4,2% dieser Steuerpflichtigen schätzten sich mit einem Einkommen von mehr als 6000 Dollar ein. Sie zahlten ungefähr die Hälfte des gesamten Einkommensteuer-Aufkommens, nämlich 8 Mil-

liarden Dollar. 50% der Steuerpflichtigen deklarierten weniger als 1750 Dollar Einkommen. Wenn man diesen Steuererklärungen glauben will, haben also 50% aller Werktätigen ein Einkommen, das um mehr als ein Drittel unter dem amtlich festgestellten Existenzminimum liegt. Trotzdem müssen sie Steuern zahlen. Es würde nicht wunder nehmen, wenn gerade sie dieser Last zu entgehen trachteten, um so mehr, als ja gerade diese Bevölkerungskreise den Löwenanteil der indirekten Steuern zu tragen haben, die auf den Gütern des Massenbedarfs ruhen. Die Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommensteuer bei den kleinen Einkommen wird durch diesen Zusammenhang besonders kompliziert.

**Aufruf
der
französischen JOC
an die Betriebsräte**

Die französische JOC hat in diesem Jahr einen umfangreichen Feldzug zu Gunsten der Förderung der beruflichen und allgemeinen Ausbildung der Jungarbeiter unternommen. Dabei hat sie im Interesse der 14- bis 25jährigen einen Aufruf an die Betriebsräte gerichtet, den sie in ihrer Zeitung „Jeunesse Ouvrière“ ganzseitig veröffentlicht. Sie fordert die Abgeordneten der Betriebsräte auf, für die Schaffung von Kommissionen zum Schutze des Lehrlingswesens zu sorgen. In diesen Kommissionen sollten auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten sein; ihre Aufgabe wäre es, die Berufsschulen und die Ausbildung der Lehrlinge in den Betrieben zu überwachen.

Die JOC verlangt außerdem für die jungen Arbeiter und Lehrlinge folgende Einrichtung:

Fortbildungsmöglichkeiten

Junge Handwerker, spezialisierte Arbeiter:

Vier Wochenstunden eines Ausbildungskurses für Technik, Praxis und Theorie, in einem Handwerk der Berufsgruppe des betreffenden Handwerkers oder spezialisierten Arbeiters;

Möglichkeit eines Wechsels der jungen Arbeiter am Fließband zwischen den verschiedenen Arbeitsvorgängen; Möglichkeit, nach einer Probe im Rahmen des Betriebes eine oder mehrere Stufen aufwärts zu rücken.

Berufstätige von mehr als 18 Jahren:

Zwei Wochenstunden Fortbildungskurs;
Der Posten eines Berufstätigen ist nichts Endgültiges.

Junge Arbeiterinnen:

Nach Vereinbarung und Zustimmung und unter der Verantwortlichkeit der jungen Arbeiterinnen Familien- und Haushaltungskurse bis zu vier Stunden die Woche; Notwendigkeit einer Vertrauensperson für spezialisierte Arbeit, deren Aufgabe es ist, die für Frauen besonders geeigneten Aufgaben festzustellen, sowie die Eignung der Arbeiterin für ihre Arbeit zu begutachten.

Alle diese Kurse sollen während der Arbeitszeit stattfinden und mit dem gewöhnlichen Lohn bezahlt werden.

Rationelle Organisation der Arbeit und Modernisierung

Die Arbeiterjugend Frankreichs ist vom Krieg und seinen Folgen schwer betroffen worden. Die JOC mahnt die erwachsenen Arbeiter, die Büros und Betriebsleiter, vor den Erfordernissen der Produktion den Gesundheitszustand der jungen Arbeiter in Betracht zu ziehen.

Wir sind Menschen und wollen nicht wie Produktionsmaschinen behandelt werden.

Eine rationelle und verständnisvolle Organisation der Arbeit, fortschreitende Modernisierung und Ausstattung des Betriebs werden eine gesteigerte Produktion ohne Schädigung der Gesundheit der Jugend gestatten.

Die Arbeiterjugend ruft alle Arbeiterabgeordneten und Berufsgruppen auf, sich wirksam für die Unterstützung und den Ausbau dieser Forderungen einzusetzen. Den Betriebsunternehmern gegenüber appellieren sie an deren Pflichtgefühl und sozialen Gerechtigkeitssinn.

**Religiöse
Unterweisung
durch Flugblätter**

Die verschiedenen Gruppen der katholischen Jugend Frankreichs, JAC, JEC, JIC, JMC, JOC, haben in der

Überzeugung, daß die Kenntnis der Glaubenslehren bei den meisten Christen heute völlig unzureichend ist, über einen neuen Weg nachgedacht, sie in gemeinverständlicher Form an möglichst viele Menschen heranzubringen, und sind dabei zu der Überzeugung gekommen, daß ganz kurze flugblattartige Formulierungen am besten wirken würden. Sie haben seit dem Sommer 1947 solche Flugblätter herausgegeben, etwa 20 Lehrstücke in mehr als 100 000 Exemplaren, die je 4 bis 6 Seiten umfassen und unter dem Titel „Eléments de doctrine spirituelle“ zusammengefaßt sind.

Es handelt sich also darum, die christliche Lehre einfach und konkret darzustellen, und das gelingt, wie sich zeigt, am besten, wenn sie möglichst vertieft wird. Man geht nicht in die Breite der Abstraktion, sondern in die Tiefe der biblischen Einfachheit. Die Verfasser der Flugblätter haben sich, um zur Tiefe der Wahrheit zu gelangen, Fragen folgender Art gestellt:

Ist der christliche Glaube in erster Linie Glaube an Wahrheiten, Befolgen von Geboten, Empfang von Sakramenten — oder Nachfolge einer Person mittels der Wahrheiten, Vorschriften und sakramentalen Zeichen?

Ist das Christentum zuerst Jemand oder zuerst Etwas? Handelt es sich zuerst um Gott, der sich offenbart, oder um offenbarte Wahrheiten über Gott? Handelt es sich um das Wort Gottes oder um ein menschliches, von Gott beglaubigtes Wort? Handelt es sich zuerst um eine Gegenwart oder um eine Lehre? Ist die Moral ein unpersönliches Gesetz oder Liebe? Sind die Sakramente Mittel, um zu Gott zu gelangen, oder gibt Gott sich in ihnen, indem er das zentrale Geheimnis seiner Gegenwärtigkeit in der Zeit verwirklicht?

Wenn das Christentum in erster Linie eine Lehre ist, wird sich der Akzent auf das unpersönliche Element verlagern, und die Methode wird analytisch und abstrakt. Wenn aber das Christentum in erster Linie eine Person ist, fällt der Akzent auf das persönliche Element, und die Methode wird konkret und historisch.

Nach diesen vorausgegangenen Überlegungen sind nun zunächst 10 Flugblätter erschienen, die einige Grundfragen behandeln, wie z. B. das Religiöse überhaupt, die Offenbarung, die Inspiration der Heiligen Schrift, dann einige über die Grundfragen der Erschaffung der Welt: Transzendenz, Liebe, Schöpfung (Nr. 6), Die Frau und die Sexualität in der Schöpfungslehre (Nr. 7), Der Mensch und die Entwicklung (Nr. 8), Das Geheimnis des Sündenfalls (Nr. 9 und 10). Die zweite Folge stellt die typischen Geschehnisse des Alten Bundes dar, eine dritte, die demnächst erscheinen wird, beginnt mit den Lehren der

christlichen Offenbarung, z. B. den 8 Seligkeiten, dem Geheimnis der Dreifaltigkeit, der Erlösung, der Kirche usw.

Die Flugblätter sind auch vorzüglich geeignet zur Unterlage für Gruppenarbeit. Sie sollen dann vor allem dazu führen, die Heilige Schrift selber zu öffnen.

**Die spanische
Religionspolitik
in der
Weltöffentlichkeit**

„Abgesehen von den dogmatischen Ansprüchen der Kirche fragen sich die amerikanischen Katholiken, ob es klug ist, die Protestanten vor dem Gesetz

in der Weise zu diskriminieren wie es in Spanien geschieht. Aber die amerikanischen Katholiken können dafür nicht verantwortlich gemacht werden.“ So schreibt die Zeitschrift der amerikanischen Jesuiten. (America 12. 3. 1949). Sie macht sich also die Besorgnis der katholischen Presse Englands zu eigen, von der wir im letzten Heft berichteten. (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 8, S. 349.)

Die amerikanischen Katholiken

Auch die amerikanischen Katholiken spüren den Vorwurf in den Worten des New Yorker Journalisten Bigart: „Ihr Katholiken seid inkonsequent. Ihr erhebt donnernden Protest gegen die Verfolgung von Kardinal Mindszenty durch die ungarischen Kommunisten. Aber wo ihr an der Regierung seid, wie in Spanien, verweigert ihr da nicht den Protestanten die Freiheit des Glaubens?“

„America“ geht vor diesem Vorwurf in die Defensive und sagt: „Spanien ist nicht die Katholische Kirche.“ Man muß die Geschichte der Spanier kennen, um ihre Einstellung zu den Protestanten zu verstehen. Im Grunde genommen bekämpft man nicht den Anspruch auf Glaubensfreiheit, sondern die Absicht der Protestanten, unter den Katholiken Propaganda zu machen.

„Verfolgung“ ist ein Wort, das wir gebrauchen, wenn wir sagen wollen, daß eine Religion ausgerottet werden soll. Davon kann in Spanien keine Rede sein. Aber Spanien ist „geschichtlich schlecht dafür vorbereitet, die Gründe für religiöse Freiheit zu begreifen.“

„America“ appelliert dann an die spanische Öffentlichkeit, sie möge die wirkliche Gefahr ins Auge fassen, die der Religion droht und nicht die konfessionelle Polemik steigern, die nur den Gegnern des Glaubens in die Hände arbeitet.

Die protestantische Antwort

Die Äußerung der führenden katholischen Zeitschrift in USA ist bereits am 30. März von „The Christian Century“, dem repräsentativen Organ des Protestantismus, beantwortet worden. Die Antwort ist ein Schulbeispiel, aus dem man lernen kann, wie gewisse typische Argumentationen, deren wir uns bedienen, auf Andersgläubige wirken.

„The Christian Century“ greift zunächst die Behauptung auf: „Spanien ist nicht die Katholische Kirche“. Man schiebt also dem Staat oder dem spanischen Volk die Verantwortung zu, und indem man einen Verantwortlichen sucht, gesteht man, daß hier etwas zu verantworten ist. Tatsächlich geht aber die Unterdrückung des Protestantismus mit dem Einverständnis und mit der Ermunterung der Kirche vor sich. Der Staat tut nichts anderes, als was die Kirche grundsätzlich von ihm fordert; er gibt dem katholischen Glauben Sonderrechte

und Schutz gegen alle anderen Religionen. Deshalb ist die Kirche ideell mitverantwortlich für eine Sache, die nach dem öffentlichen Eingeständnis des katholischen Blattes nicht richtig ist.

Dann greift die evangelische Zeitschrift den Satz auf, den wir am Anfang dieser Meldung zitierten. Man entziehe sich nicht der Verantwortung mit der leichten Wendung: „Abgesehen von den dogmatischen Ansprüchen...“ Könne denn ein gläubiger Katholik, ob Amerikaner oder nicht, davon „absehen“? Sei es nicht gerade dieser Anspruch, der seit Augustins Zeiten überall dort, wo die Katholische Kirche die Macht habe, zur Unterdrückung Andersgläubiger führe?

„America“ will in der spanischen Angelegenheit nicht von Verfolgung reden. „The Christian Century“ stimmt zu. Wer verfolgt wird, genießt keinen Rechtsschutz. Die spanischen Protestanten haben immerhin einige Freiheiten. Nur müsse man von der katholischen Presse verlangen, daß sie die Tatsachen nicht totschweigt.

Das Zusammenwirken von Kirche und Staat zum Schutz des katholischen Glaubens entspreche genau dem katholischen Dogma. Wo sich heute noch in protestantischen Ländern etwas ähnliches zeigt (England, Schweden), handelt es sich um ein Erbe aus der Gesetzgebung des katholischen Mittelalters. Gewisse gesetzliche Bestimmungen in diesen Ländern haben sich mit natürlicher Zähigkeit behauptet. Man könne nur wünschen, daß diese privilegierten Staatskirchen möglichst bald auf ihre Vorrechte verzichteten, die nur dazu gut seien, den Begriff der religiösen Freiheit zu verwirren. Jedoch sei es verfehlt, wenn die katholische Apologetik Schweden oder England zur Entschuldigung heranziehe für das, was in Spanien geschieht. Man müsse nicht die „gesetzlichen Beschränkungen“, sondern ihre tatsächliche Auswirkung vergleichen. Dann bleibt es dabei: Die beiden krassen Fälle religiöser Unterdrückung in der heutigen Welt sind Osteuropa und Spanien.

„The Christian Century“ sagt: „Solche Vorkommnisse zu entschuldigen oder zu erklären, ist für eine intelligente und geistvolle Zeitschrift nicht leicht. Was „America“ tat ist vielleicht das Beste, was sie tun konnte. Aber das Bestmögliche ist nicht immer das Gute.“

Ein politischer Schritt

Die Befürchtung der katholischen Presse in den angelsächsischen Ländern, daß die spanischen Maßnahmen gegen die Protestanten sich schädlich auswirken könnten, ist nicht grundlos. Im englischen Parlament forderte der Abgeordnete Noel-Barker den Außenminister auf, die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen. Bevin sprach von der Schließung baptistischer Gotteshäuser in Spanien. Er wies die Entschuldigung zurück, es handle sich dabei um Übergriffe lokaler Behörden. Die spanische Regierung müsse dafür verantwortlich gemacht werden.

„Catholic Herald“ (29. 4. 1949), der von dieser Interpellation berichtet, schreibt an anderer Stelle des Blattes: „Wir kennen sehr wohl den Unterschied zwischen ‚der Wahrheit, die sich gegen die Häresie sichert‘ und ‚der Häresie, die der Wahrheit Duldung gewährt.‘ Aber so, wie wir die Toleranz zu schätzen wissen, die es in unserem Lande der Wahrheit ermöglicht, sich durchzusetzen, so glauben wir, wird die Wahrheit, wenn die Liebe und die Vernunft in ihren Dienst treten, ein besseres Mittel

zur Überwindung der Häresie sein als das spanische Prinzip: wir haben keine Verwendung für den Protestantismus.“

Wenn christliche Politik konkret wird . . .

Die englische Zeitung „Catholic Herald“ (11. März 1949) bemüht sich immer von neuem um die Erziehung ihrer Leser zu politischer Aktivität. Bei der religiösen Neutralität der politischen Parteien des Landes ist es im Interesse des katholischen Glaubens und der Kirche um so wichtiger, daß der katholische Volksteil entsprechend seiner Zahl in den einzelnen Parteien entweder durch katholische Abgeordnete vertreten wird oder doch durch solche Männer, die bereit sind, die religiösen und sittlichen Grundsätze ihrer katholischen Wähler durchzusetzen. Das englische Wahlrecht, das ja bekanntlich ein reines Mehrheits- und Personalwahlrecht ist und deshalb den Wählern die Möglichkeit bietet, mit ihrem Abgeordneten direkten Kontakt zu halten, veranlaßt den „Catholic Herald“, den katholischen Bürgern einen originellen Vorschlag zu unterbreiten. Die Zeitung legt ein Schema von 15 Fragen vor. Sie empfiehlt den Katholiken, diese Fragen ihren Abgeordneten oder Wahlbewerbern vorzulegen und sie dadurch zu einer positiven Einstellung gegenüber wichtigen katholischen Belangen zu verpflichten.

Die Anregung des englischen Blattes hat bereits jetzt ein starkes Echo im Lande ausgelöst. Zahlreiche Abgeordnete haben die Fragen teils positiv, teils negativ beantwortet, andere haben erklärt, sie sorgfältig prüfen zu wollen. Es gibt in England immerhin fast 2 Millionen katholische Wähler. Wenn ihre Zahl durch entschiedene Christen anderer Bekenntnisse, die die gleichen politischen Grundsätze vertreten, noch verstärkt wird, könnte sich bei einer allgemeinen Wahl daraus ein beachtliches Wählerpotential entwickeln.

Für uns ist es aufschlußreich, in welchen Punkten und in welcher Form die christliche Soziallehre von dem katholischen Blatt für die gegenwärtigen Anliegen der englischen Politik konkretisiert wird. Elf Fragen des Schemas betreffen die innere, vier die äußere Politik. Wir geben sie dem Sinn nach wieder:

1. Wollen Sie die Privatschulen stützen?
2. Wollen Sie die Interessen der katholischen Krankenhäuser und Jugendfürsorgeeinrichtungen wahrnehmen?
3. Wollen Sie Ehe und Familie unterstützen durch Förderung des Wohnungsbaus und Ausgleich der Belastung kinderreicher Familien?
4. Wollen Sie sich der weiteren Ausdehnung jener Gesetzgebung widersetzen, die sich gegen die Heiligkeit und Würde der menschlichen Person richtet, insbesondere in den Fragen der Sterilisation, der Abtreibung und der Euthanasie?
5. Sind Sie bereit, sich einer Ausdehnung der Verstaatlichung des Wirtschaftslebens zu widersetzen, sofern diese das wirtschaftlich notwendige Maß überschreitet und damit einen ideologischen Charakter annimmt?
6. Bevorzugen Sie den Bau von Eigenheimen gegenüber privaten oder öffentlichen Mietshäusern?
7. Treten Sie ein für eine möglichst große Streuung des Eigentums, auch des Eigentums an Betrieben, für die Berücksichtigung der familiären Existenz bei der Bemessung der Löhne und für eine staatliche Subventionierung jener

Industriezweige, die aus volkswirtschaftlichen Gründen außerstande sind, solche Löhne zu zahlen?

8. Sind Sie bereit, die Kontrolle der Gesellschaft über den Einzelnen auf das sittlich und wirtschaftlich Notwendige zu beschränken und allen Kontrollmaßnahmen Widerstand zu leisten, die ihn zu einem bestimmten theoretischen Bekenntnis zwingen?

9. Sind Sie für schärfste Überwachung derjenigen, die sich der politischen Freiheit bedienen, um sie zu beseitigen?

10. Bekennen Sie sich zu dem Grundsatz, daß Kapital und Arbeit Rechte und Pflichten besitzen, die am besten durch gesetzliche Förderung ihrer freiwilligen Zusammenarbeit geregelt werden?

11. Treten Sie ein für die Beseitigung aller Gesetze, die bestimmte Konfessionen oder Rassen benachteiligen? Die Forderungen zur Außenpolitik sind folgende:

1. Werden Sie die Aufnahme Deutschlands, Spaniens und Portugals in die Vereinten Nationen unterstützen?

2. Sind Sie bereit, sich den diplomatischen und den Handelsbeziehungen mit solchen Ländern zu widersetzen, die
a) ihre Friedensverträge brechen,
b) grundlegende religiöse und persönliche Freiheiten verleugnen,
c) durch Wort und Tat direkte Feindschaft gegen die christlichen und demokratischen Länder bekunden?

3. Wollen Sie darauf bestehen, daß die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen von der Bereitschaft abhängig gemacht wird, die sittlichen und sozialen Ideale der UN zu verwirklichen? Treten Sie für den Ausschluß oder Sanktionen gegen diejenigen Mitglieder ein, die diese Ideale beharrlich praktisch negieren?

4. Wollen Sie die internationale Kontrolle über Jerusalem und die heiligen Stätten unterstützen?

„Catholic Herald“ verspricht sich von den Fragen drei Ergebnisse: 1. Zwang zu klarer und deutlicher Stellungnahme der Wahlkandidaten gegenüber den christlichen Forderungen.

2. Sicherung der Verwirklichung dieser Forderungen für die Dauer der folgenden Wahlperiode durch gültige Versprechen und Garantien.

3. Stärkung und Deckung derjenigen Parlamentsmitglieder, die als persönlich aufrichtige Christen eine Erneuerung oder Verteidigung des Landes und der Welt auf christlicher Grundlage anstreben.

Die 15 Fragen selbst wollen noch keine endgültige konkrete Formulierung der christlichen Grundsätze sein; diese sollen aber nach dem Wunsch des „Catholic Herald“ durch öffentliche Diskussion bis zu den nächsten Wahlen einen allgemein anerkannten Ausdruck finden.

Wen spricht die katholische Radiosendung an?

Seit einiger Zeit hat die Katholische Kirche auch in England die Möglichkeit erhalten, den Rundfunk als eines der wirksamsten Propagandamittel in ihre Dienste zu stellen. Father Andrew OFM, der katholische Vertreter bei der englischen Rundfunkgesellschaft, bezeichnet das Radio als „die mächtigste Hilfe im apostolischen Feldzug, als eine glänzende Möglichkeit, grundlegende Arbeit für die katholische Evangelisation zu leisten.“ Auf diesem Wege vermögen am sichersten die Vorurteile beseitigt zu werden, die die Andersgläubigen gegen die katho-

liche Kirche und ihre Mitglieder haben. Es gilt, ihnen zu beweisen, daß die Katholiken „seelisch gesund, gütig und wirklich christusähnlich sind“. Ja, aber wie erreichen denn die katholischen Radiosendungen die Menschen, auf die es Father Andrew augenscheinlich ankommt? Lassen wir ihn selbst die Antwort geben: Ein Überblick hat gezeigt, daß in England nicht mehr als 500 000 Menschen die Kirche besuchen, während 14—16 Millionen die religiösen sonntäglichen Radioübertragungen anhören. Deshalb wenden wir uns vornehmlich an die Millionen, die die Kirche nicht erreicht.

Er weiß auch zu berichten, daß die katholischen Redner und Programme allgemein günstige Eindrücke hinterlassen und schon manche Barrieren eingerissen haben. „Aber“, so meint Father Andrew, „erst wenn die letzten psychologischen Schranken der Unwissenheit, der Bigotterie und einer gewissen Furcht, die sich gegen die Katholiken richten, überwunden sein werden, erst dann wird unsre Mission, der Sinn unsrer Radiosendungen, erfüllt und erfolgreich gewesen sein.“

Um die christliche Ordnung in der Industrie: Unternehmertagung in Holland

Ungefähr 150 Vertreter katholischer Unternehmensverbände aus England, Frankreich, Holland, Belgien und Italien trafen sich zu einer Tagung in Tilburg in Holland, um die Anwendung der Grundsätze der päpstlichen Enzykliken auf die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Länder zu besprechen.

Auf der Tagung wurde in folgenden vier Punkten Übereinstimmung erzielt:

1. Das Privateigentum an industriellen Betrieben gewährleistet am besten die Produktivität und die Entwicklung von Persönlichkeiten innerhalb der Gemeinschaft. Als geeignetstes Mittel zur Verhütung von Mißbräuchen erscheint eine Politik, die darauf hinstrebt, alle Klassen der Bevölkerung am Volkseinkommen zu beteiligen.

2. Es muß verlangt werden, daß jeder Unternehmer seine Stellung als eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auffaßt und deshalb eine diesbezügliche Ausbildung genossen hat.

3. Jeder Betrieb ist wirtschaftlich und sozial eine organische Einheit. Die mechanische Zusammenfassung von Betrieben durch Verstaatlichung oder Vertrustung, wie auch die Einmischung von Gewerkschaften schädigt diesen Organismus.

4. Alle Reformen der betrieblichen Struktur zielen auf Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung und am Gewinn hin. Die Zielstrebigkeit des Betriebes verlangt Ordnung und Befehlsgewalt. Sie schließt eine demokratische Betriebsführung aus. Dagegen hat jeder, der am Betrieb beteiligt ist, auch einen Anspruch auf Anteil am Betriebsgewinn. Es ist zwar kein strenger Rechtsanspruch, er entspricht jedoch einem höheren menschlichen und menschlicheren Ideal: der Billigkeit.

Die religiöse Situation an österreichischen Hochschulen

In der zweiten Aprilhälfte fand in Salzburg eine internationale religionspädagogische Woche statt. Auf dieser sprach P. Suso Braun über den „religiösen Weg der Hochschuljugend“.

Auf der Universität Innsbruck sind, wie der Vortragende ausführte, dem Bekenntnis nach 84% Katholiken. Im CV

sind 17% der katholischen Studenten erfaßt, in der Katholischen Hochschulgemeinde verkehren etwa 150 bis 200 Studenten. Damit ist jedoch die katholische Substanz nicht erschöpft. So nahmen z. B. am Eröffnungsgottesdienst des Wintersemesters eintausend Hochschüler teil, das ist etwa 40% aller damals in Innsbruck anwesenden Hochschüler. Man kann etwa mit 25% „weltanschaulichen“ Christen rechnen, während weitere 25% dem Christentum wohlwollend gegenüberstehen und nur die übrigen 25% es ablehnen. Damit ist die religiöse Situation an der Universität heute besser als jemals in den letzten 50 Jahren.

Ähnliches zeigt sich auch in den Kreisen der Dozenten. Christentum wird wieder ernst genommen, platter Materialismus findet kein Echo mehr. Doch wird Religion vielfach als bloße kulturelle Angelegenheit angesehen und mit einer gewissen Gönnerhaftigkeit behandelt.

Es ist nun eine überraschende Tatsache, daß innerhalb der Hochschülerschaft eigentliche geistige Strömungen kaum anzutreffen sind. Die Jugendbewegung, die nach dem ersten Weltkrieg das geistige Leben aufs stärkste beeinflußt hat, tritt nur andeutungsweise in Erscheinung. Nur innerhalb der katholischen Elite macht sich eine gewisse Unruhe geltend, die sich bis zu Bestrebungen ordensähnlicher Art steigert. Im allgemeinen herrscht überall ein guter Durchschnitt, aber wenig hervorragende Begabung und Führerpersönlichkeit.

Innerhalb der katholischen Studenten unterscheidet P. Suso Braun folgende Typen: den unproblematischen Typ, der aus einer guten, soliden Familie kommt und sein Christentum mit naiver Unmittelbarkeit als eine Selbstverständlichkeit lebt, aus Tradition, Verantwortung gegenüber Ahnen und Heimat, ohne sich jedoch mit der Zeit und ihren Schwierigkeiten auseinanderzusetzen. Der zweite, zahlenmäßig stärkere Typ steht in einer säkularisierten Haltung der Kirche gegenüber. Ihm ist der Mensch das Maß aller Dinge. Das Christentum wird hier verstanden als eine Stufe in einer langen Entwicklung, als Krönung des Menschentums und Vollendung und vielleicht Überbietung der Antike, aber nicht mehr als Einbruch des Unerhörten, als Mysterium.

Diese rationalistische Haltung findet sich als Unterströmung auch bei katholischen Studenten, bei denen die Bereiche Wissenschaft und Religion beziehungslos nebeneinander liegen. Sie wissen Religion nur mehr durch eine Wendung ins Irrationale, Gefühlsmäßige zu retten. Die innere Existenz vollzieht sich gleichsam zweigleisig. Solchem bruchstückhaften und doppelgleisigen Christentum gegenüber sind die eigentlich „Durchgekommenen“, die die Synthese zwischen Wissenschaft und Glauben in ihrem Leben vollziehen, in der Minderheit. Diese werden morgen die Führerschicht stellen müssen.

Häufig finden sich auch religiös begeisterte Studenten, die sich in wilde missionarische Tätigkeit stürzen, ohne hierfür schon die erforderliche Reife zu haben. Es ist etwas Ungestümes, Unmittelbares und Vitales in ihrem Tun, das freilich durch Rückschläge gefährdet ist. Eine der dringlichsten Aufgaben scheint es, dieser Jugend, die voll des guten Willens ist, das Defizit an geistiger Bildung auszugleichen und die Lücken des Wissens zu schließen.

Wenn im allgemeinen das weltanschauliche Christentum eher zurücktritt, so gilt doch das sakramentale Christentum gemeinhin als selbstverständlich. Auch die Marien-

verehrung hat ihren gewichtigen Platz. Die liturgische Haltung ist schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Kann auch auf den Hochschulen von eigentlicher Religionspädagogik nicht im selben Maß wie etwa in den Mittelschulen die Rede sein, so ergibt sich doch aus allem die Wichtigkeit der Hochschuleelsorge, deren Hauptziel vor allem in der Vertiefung gesehen werden muß.

Aus Ost- und Südosteuropa

Polnische Bischöfe geben Antwort Die Herder-Korrespondenz berichtete im Maiheft (3. Jhg., Heft 8, S. 360) von

den Beschuldigungen, welche die Regierung durch einen ihrer Minister gegenüber dem Episkopat erhoben hat. Die Bischöfe haben dagegen in einer Protestnote Stellung genommen und sich ihrerseits über die Bedrückung der Kirche beklagt. Auf einer Konferenz in Gnesen, die Ende April stattfand, haben sie sich dann in einem Hirtenbrief auch an die Öffentlichkeit gewendet. Sie rufen die polnischen Katholiken zur Mitarbeit am Wiederaufbau Polens, legen aber zugleich besonderen Nachdruck auf die moralischen Werte, die dabei zur Geltung gebracht werden müssen. In dieser Hinsicht sei die Erziehung besonders wichtig. Die Gläubigen sollten ihre Kinder in die verbliebenen katholischen Schulen schicken. Sie sollten ferner die Anklagen gegen die Priester als Staatsfeinde nicht glauben und sich überhaupt gegenüber den Äußerungen der Presse wappnen. Die Verurteilung und Verhaftung so vieler Geistlicher sei beklagenswert, der Vorwurf der Staatsfeindlichkeit lächerlich.

Im übrigen ist die Propagandawelle gegen die Kirche in Polen seit dieser Zeit etwas abgeebbt. In letzter Zeit haben keine Prozesse stattgefunden, und die Volkskundgebungen gegen die politische Reaktion der Kirche haben aufgehört.

Die häufig wiederkehrenden Nachrichten, daß die polnische Regierung Verhandlungen mit dem Vatikan erstrebe, wurden dort weder bestätigt noch dementiert. Auf die einseitige Aufhebung des Konkordats hat Rom bis dahin nur in der Form geantwortet, daß es bei den jüngsten Bischofsernennungen auf die Befragung der Regierung verzichtet hat. Wie verlautet, wird darauf bestanden, daß die Frage einer Vereinbarung über das frühere Konkordat zum Ausgangspunkt für neue Verhandlungen gemacht werde.

Die Reaktion der Regierung und Presse auf den jüngsten Hirtenbrief wird ein Kriterium für die weiteren Absichten der polnischen Machthaber sein.

Düstere Voraussicht des Erzbischofs von Prag Wie die italienische Agentur ARI aus Prag erfährt, sagte Erzbischof Beran von Prag am 25. April in einer Rede: „Ich bin gewärtig, daß man in naher Zukunft sagen wird, daß ich ein Feind des arbeitenden Volkes bin und die sozialen Probleme der Arbeiterschaft nicht verstehe. Ich verkünde öffentlich, daß ich kein Feind der Arbeiter bin. Ich bin es nie gewesen, bin es nicht und werde es nie sein.“

Der Erzbischof sagte weiter, die Katholische Kirche würde sich an der Lösung der sozialen Aufgaben in der Tschechoslowakei gern beteiligen. Aber durch die Um-

stände sei sie in ihrer Tätigkeit auf das rein religiöse Gebiet verwiesen.

Was seine Person betreffe, sei er zwar ein Lehrersohn, aber alle seine Vorfahren seien Arbeiter gewesen. So könne er sich über jede Errungenschaft des Standes seiner Vorfahren nur freuen. Er erwähnte schließlich seine Haft und seine Erfahrungen in Dachau, die eigentlich genügen müßten, ihn gegen Verdächtigungen seiner Gesinnung zu schützen.

Eine ergreifende Stimme aus Rumänien

Die Herder-Korrespondenz hat über das Martyrium der griechisch-unierten Kirche in Rumänien wiederholt ausführlich berichtet.

Die folgenden Worte, die der Administrator des unierten Bistums Blaj an seine Jugend richtete, klingen beschwörend und hilferufend in die ohnmächtige christliche Welt des Westens:

„Wir haben das freie Rumänien mit unserm Herzblut aufgebaut. An euch ist es, unser Werk weiterzuführen und den Dom der Gewissensfreiheit neu aufzurichten. Der Schrecken ist über die unierte Kirche niedergegangen. Der Herr Jesus Christus ist von neuem in seinem mystischen Leibe gegeißelt, angespien und gekreuzigt. Manche unserer Brüder geben kampfmüde den Widerstand auf und getrauen sich nicht, in dieser Golgathastunde ihren Glauben zu bekennen.

Gebt um keinen Preis euren Glauben auf. Auch wir haben einen Karfreitag zu erleiden und zu erleben. Wir haben das Evangelium unserer Treue zu Christus neu zu schreiben mit unserm Blut. Die Stunde ist da, das Leiden Christi in unserm Fleische nachzuleben... Die Feste der rumänisch-katholischen Kirche ist in Feindeshand. Zaget nicht: an uns ergeht der Ruf, in dieser Stunde das ruhmreichste Blatt unserer Geschichte zu schreiben, auf dem das Wort „Verräter und Feigling“ keinen Platz finden darf...“

Wohl berichteten die Zeitungen von Judassen. Ich will aber gerne glauben, daß sie nur eine Ausnahme bilden. Ihr, meine Söhne und Töchter, werdet durch Eure Treue beweisen, daß Ihr fest mit Eurer Kirche verwurzelt bleibt. Leidet mutvoll, kämpft ohne Unterlaß, verkauft Eure Seele nicht. Auch Christus mußte leiden, bevor er von den Toten auferstand.

Das Blut Christi rief Märtyrer auf zum Kampf, und das Blut der Märtyrer aus alter Zeit ruft uns zu gleichem Streit. In harter Stunde, wo Euch das Herz unter der Marter zu brechen droht, denket an die hl. Eulalia, das 13jährige Kind, das zu Christus sprach: Wie schön sind die Wunden, die Du meinem Leib schlägst. Sie sind die Zeichen Deines Namens. Mit meinem Blute will ich Deinen Tod bezeugen.

Passionsweg der Kirche durch alle Jahrhunderte auf den blutigen Spuren des Leidensweges des Heilands! Schließen wir uns im Geiste den ungezählten Kreuzträgern an in diesen Passionswochen.“

Unentwegte Verfolgung in Jugoslawien

Nach längerer Pause, die durch die hermetische Abschließung des Landes gegenüber den objektiven Nachrichtendiensten begründet ist, erfährt die „Kipa“ durch eine Persönlichkeit, der es öfters gelungen ist, heimlich nach Kroatien zu gehen, folgendes:

Die Kultusabteilung des Innenministeriums der Volksrepublik Kroatien unterzieht die Geistlichkeit einer äußerst strengen Kontrolle. Die Priester werden amtlich nicht mehr als „Priester“, sondern als „Diener des römisch-katholischen Ritus“ bezeichnet.

Gemäß einer der Volksmiliz in Zagreb zugestellten Verordnung Nr. 16 172/48 vom 16. 6. 48 des gleichen Ministeriums müssen die Geistlichen 48 Stunden vor der Abhaltung einer Predigt deren Text dem Volksmiliz-Kommissariat ihres Rayons zur Zensur vorlegen. Auf dem Lande müssen die Predigttexte den Sekretären der kommunistischen Landesorganisationen oder dem Kommandanten der Parteimiliz ausgehändigt werden.

Ein vertrauliches Rundschreiben Nr. 4943/48 des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sieht außerdem eine Reduktion des „Dienerstandes des katholischen und muselmanischen Ritus“ vor. Grund: Brennstoffeinsparung und vernünftige Beschäftigung der verschiedenen Stände.

Die Kultusbeamten werden in drei Gruppen eingeteilt: 1. Offene, reaktionäre, 2. solche, die bei außenpolitischen Komplikationen gefährlich sein könnten, 3. politisch Indifferente, die aber wegen ihres Gesundheitszustandes für die Lebensmittelrationierung eine Belastung darstellen. Die ersten beiden Gruppen gehören zur sogenannten „Sicherheitsisolation“. Gegen die dritte sollen die Parteinstanzen nach ihrem Gutdünken vorgehen, was nichts anderes als möglichst rasche Liquidierung bedeutet. Priesterverhaftungen sind etwas Alltägliches. Der Geistliche erhält gewöhnlich eine Vorladung zum Austausch eines alten Personalausweises oder zur Inempfangnahme irgend eines neuen Schriftstückes. Er kehrt nicht mehr zurück. Wenn sich die Angehörigen dann auf der Amtsstelle nach dem Verschwundenen erkundigen, erklärt man ihnen (es ist immer die gleiche Antwort): Ja, ja, er war hier; er hat die neue Legitimation in Empfang genommen und ist dann wieder fortgegangen. Nach einigen Monaten wird man dann inne, daß der Vermißte sich in der „Sicherheitsisolation“ in irgend einem Lager befindet.

Neben diesen direkten Maßnahmen gibt es noch die mehr indirekten Schikanen; Jugendliche fallen während des Gottesdienstes in die Kirche ein, spielen Handorgel, veranstalten ein regelrechtes Pfeifkonzert und rauchen.

Daß der Geistliche vom Altare leben soll, gilt in Jugoslawien nicht, denn es ist verboten, irgendwelche Taxen zu erheben. Darauf steht die Strafe der Requisition des ganzen Pfarramtes und des Entzugs der Lebensmittelkarten. Dies gilt natürlich nur für den katholischen Klerus, die Orthodoxen genießen dagegen verschiedene Privilegien. Die serbisch-orthodoxe Geistlichkeit (2000 Mitglieder) hat Anfang März in Belgrad getagt und auf dieser Sitzung eine Treueerklärung für das Tito-Regime abgegeben.

Aus den Missionen

Missions-Intentionen des Gebetsapostolats für das Jahr 1950

Der Heilige Stuhl hatte kürzlich die Gebets-Intentionen für die Missionen im Jahre 1950 veröffentlicht. Sie lauten:

Januar — Die Missionen von den Gottlosen bedroht.

Februar — Das Christentum in Japan.

März — Der Fortschritt der Kirche unter den Schwarzen Amerikas.

April — die Missionen in Uganda, Kenya und Tanganyika.

Mai — Die soziale Frage in Indien.

Juni — Die Heiligung des Einheimischen Klerus.

Juli — Die Christen in mohamedanischen Gebieten.

August — Die Bekehrung der Protestanten in den Missionen.

September — Die Indianer von Lateinamerika.

Oktober — Die Sorge für die Kranken in den Missionen.

November — Freiheit und Fortschritt der katholischen Schulen.

Dezember — Die Rolle, die der Kirche der Philippinen im Fernosten zufällt.

Die Kirche und die indonesische Freiheitsbewegung

Die Herder-Korrespondenz berichtete in Heft 11 des 2. Jahrganges, S. 490 über die Mission in Indonesien und die Schwierigkeiten, die sich aus dem erwachenden Nationalismus auf den Inseln des malaiischen Archipels ergeben. Wie jetzt aus einem Bericht des NCWC News Service aus Batavia hervorgeht, steht aber die Katholische Kirche im Urteil der Freiheitsbewegung günstiger da als die von der holländischen Regierung lange Zeit hindurch begünstigte und von 1606 bis 1807 ausschließlich zugelassene kalvinistische Mission. Katholische Priester haben schon seit langem der Freiheitssehnsucht der führenden Schichten Indonesiens Verständnis entgegengebracht und einen großen Teil der Jugend im Geiste ihrer vaterländischen Idee erzogen. „Was die Katholiken in ihren Kollegien geleistet haben“, lautet ein einheimisches Urteil, „ist für die Unabhängigkeitsbewegung tausendmal wertvoller als alle Reden in den Vereinten Nationen während ihrer jüngsten Unterdrückung“. Unter den Missionaren, die sich seit dem ersten Weltkrieg um die Entwicklung des Landes zur Freiheit besondere Verdienste erworben haben, ragt der Name des Jesuiten van Lieth hervor, der sich deswegen den Vorwurf gefallen lassen mußte, ein Revolutionär und Linksradikaler zu sein. Auch gegen die Kirche im ganzen wurde der Vorwurf erhoben, eine antikoloniale Gesinnung zu haben, weil sie sich der rücksichtslosen Ausbeutung des Landes und der Arbeitskraft des Volkes widersetze.

Es gibt heute in Indonesien eine „Katholische Unabhängigkeitspartei“. Sie vertritt die Ansicht, daß es zu einer gedeihlichen Entwicklung des Landes und der Religion in ihm notwendig sei, die völlige Freiheit Indonesiens zu gewinnen, da man andernfalls keine Möglichkeit habe, sich die koloniale Ausbeutung durch die Europäer und die Überfremdung durch das dekadente Gedankengut des Abendlandes vom Halse zu schaffen. Der Apostolische Delegat in Indonesien, Bischof de Jonghe d'Ardoye, hat den Behörden des ost-indonesischen Staates die Mitarbeit der Kirche „in ihrem Kampf um die Entwicklung und Unabhängigkeit des Landes“ angeboten. Diese Einstellung ist nicht nur ein neuer Beweis dafür, daß die katholische Mission in voller Aufrichtigkeit das Recht der eingeborenen Völker in den Missionsländern respektiert und ihnen gegen den Kolonialimperialismus des Abendlandes zur Seite steht, sondern auch der Grund dafür, daß die Bevölkerung gegenüber der Katholischen Kirche von wachsenden Sympathien erfüllt ist. Der indonesische Bischof von Semarang, Albert Soegijapranata SJ, konnte vor kurzem feststellen: „Die grundlosen Anschuldigungen gegen die Katholiken im allgemeinen und die eingeborenen Katholiken im besonderen, daß sie sich

auf die Seite des Kolonialsystems stellten, sind nach und nach völlig verschwunden.“ Diese vorausschauende Haltung der katholischen Missionare hat es verhindern können, daß der Kommunismus als der einzige Anwalt der unterdrückten Kolonialvölker empfunden wurde, und sie allein gibt der Kirche nun das Recht und das Ansehen, dem Kommunismus entgegenzutreten.

Die Zahl der Katholiken auf Java beträgt etwa eine halbe Million. Ihnen stehen 1 1/2 Millionen Protestanten in den holländischen kalvinistischen Missionsgemeinschaften gegenüber.

Ein indischer Missionar wird Brahmane

Mit Rücksicht auf unseren Bericht über die Geschichte und die Problematik der indischen Mission in diesem

Heft S. 412 ff. ist die folgende Nachricht aus der Missionszeitschrift „Harvest“ von Interesse. In Nachahmung der Methode, die Pater de Nobili SJ im 17. Jahrhundert anwendete, ist Pater Armando Alvares SJ der Kaste der Brahmanen beigetreten. Er äußert sich darüber: Um Seelen zu retten, müssen wir alle verfügbaren Mittel gebrauchen. So habe ich einen Brahmanennamen angenommen, trage das lange orangefarbige Kleid, Turban und Sandalen, einen Pilgerstab in der Hand und ein Kreuz auf der Brust und verzichte wie die Brahmanen auf Fleisch, Eier und Fisch.“

Nur wenn man sich der Lebensform der Völker so weit anpaßt, ist nach Meinung dieses Missionars jenes persönliche Vertrauen herzustellen, das eine Annäherung an die höheren Schichten möglich macht.

Kommunismus in Indien

M. Ruthnaswamy, ein hervorragender indischer Erzieher, der lange Leiter

der katholischen Laienwerke in Indien und einige Jahre lang Präsident der Katholischen Union Indiens, einer Organisation der Katholischen Aktion, war, hat dem Nachrichtendienst der NCWC ein Interview gegeben, in dem er über die Entwicklung des Kommunismus in Indien berichtet hat. Der Kommunismus, der lange Zeit in Indien nicht Fuß fassen konnte, beginnt seit einiger Zeit seine beunruhigende Wirkung zu steigern, gestärkt durch das Heranrücken der Roten Armee Chinas an die indische Grenze. Auch im Innern des Landes haben die Kommunisten ihre Tätigkeit sehr vermehrt. Sie haben eine Munitionsfabrik gestürmt und rufen zahlreiche Streiks hervor.

Regierungen und Volk in Indien werden sich allmählich der wachsenden Gefahr bewußt. Die Provinzialregierungen und die Zentralregierung haben eine Anzahl außergewöhnlicher Maßnahmen gegen diese Gefahr ergriffen, z. B. vorbeugende Verhaftung von kommunistischen Führern, Verbot von kommunistischen Versammlungen und Vereinigungen und Aufhebung der Unantastbarkeitsrechte.

Für den Augenblick ist die Gefahr am größten in Westbengalen und Ost-Pakistan in der Nähe der Grenze von Burma, außerdem in gewissen Distrikten des Staates Heiderabad.

Wollte man nur nach Mitgliederzahl und Organisation urteilen, so würde die kommunistische Partei in Indien noch nicht schreckenerregend sein. Allerdings ist ihre Zahl von 25 000 zu Beginn des vorigen Jahres auf 95 000

in diesem Jahr angewachsen. Doch das ist noch ein kleiner Prozentsatz der zwei Millionen Arbeiter in den großen Fabriken und nichts im Vergleich zu den 30 Millionen Arbeitern in Heimindustrien oder kleinen Handwerken. Aber ihr Einfluß ist schon beunruhigend genug. Sie dringen in die wichtigsten strategischen Punkte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die großen Textilfabriken von Bombay, Ahmadabad, Kalkutta, Koimbaturn und in die großen Eisenbahnwerkstätten ein. Durch sein Zellsystem bearbeitet der Kommunismus von hier aus langsam, aber stetig, die Arbeiterschaft. Kommunistische Zellen gibt es auch in den Mittelschulen und Kollegs. In gewissen Provinzen — z. B. in Trawankur — ist die Studentenschaft dafür bekannt, kommunistisch infiziert zu sein. Es gibt sogar eine kommunistische Studentenverbindung. Industriearbeiterschaft und akademische Jugend sind der bevorzugte Nährboden des indischen Kommunismus; doch auch Landarbeiterschaft und Großgrundbesitz sind nicht ganz frei von ihm. Außer den gesetzlichen und administrativen Einschränkungen ist bisher in der Öffentlichkeit wenig gegen die kommunistische Gefahr getan worden. Die Presse ist zwar, abgesehen von den kommunistischen Blättern, ausgesprochen antikommunistisch, aber matt in ihrer Kampfführung. In der Nationalversammlung wird der Kommunismus von Zeit zu Zeit angegriffen. Aber der Feldzug gegen den Kommunismus läßt sich in keiner Weise vergleichen mit dem, der ehemals gegen die englische Herrschaft geführt worden ist.

Auch von christlicher Seite ist nichts Umfassendes gegen den Kommunismus organisiert worden. Zwar erscheinen in der katholischen Presse von Trawankur häufig Artikel gegen den Kommunismus. Katholische Vereinigungen, wie die Katholische Union Indiens und ähnliche, veröffentlichten Entschlüsse gegen den Kommunismus bei ihren jährlichen Zusammenkünften. In Bombay hat ein Jesuit vor katholischen Arbeitern über die geistige und moralische Gefahr des Kommunismus gepredigt. Aber über eine umfassendere und organisierte Zusammenarbeit in ganz Indien gegen den Kommunismus ist nichts zu berichten. Dabei wäre die christliche Soziallehre nach der Meinung des indischen Lehrers geeignet, auch bei Hindus und Mohammedanern Sympathie zu finden und als wirksamstes Vorbeugungsmittel gegen einen indischen Kommunismus zu wirken.

Missionsschulen tun not

Sechs koreanische Lehrer und Erzieher besuchten kürzlich die Vereinigten

Staaten. Ein Mitglied der Delegation, Fräulein Soon Syung Pang, die Führerin der Katholischen Frauenjugend in Korea, erklärte vor der National Catholic Welfare Conference, die Heranbildung von Lehrern und Ausbreitung des katholischen Schulnetzes sei der Schlüssel zur Lösung des Missionsproblems in Korea. Unter 30 Millionen Einwohnern gibt es dort eine halbe Million Katholiken. Sie besitzen nur je eine höhere Schule für Knaben und Mädchen und eine Universität. Auch die Zahl der Elementarschulen ist unbedeutend. Darunter leidet nicht nur die Ausbreitung des christlichen Glaubens unter den Heiden, namentlich unter den Gebildeten, die ihre Kinder gern in gute Missionschulen schicken würden, sondern auch das Gemeindeleben unter den Katholiken. Ihrer Jugend fehlt in den meisten Fällen der religiöse Mittelpunkt der Schule.

Fräulein Pang ist gleichzeitig Leiterin des koreanischen nationalen Frauenverbandes, der 4 Millionen Mitglieder zählt. Sie ist eine der hervorragendsten Repräsentanten des Katholizismus im öffentlichen Leben des Landes. Ihr Appell an die amerikanischen Katholiken zur Unterstützung des katholischen Missionsschulwesens in Korea ruft uns in Erinnerung, daß die Pflicht der Gläubigen auf diesem Gebiete vielleicht nie so dringend war wie in dem Augenblick, da die Missionsvölker ihre nationale Selbständigkeit gewinnen und ihr geistiges Antlitz zu formen beginnen. Sie bedürfen und suchen dazu die Hilfe der Alten Welt. Sie darf nicht zurückstehen hinter Rußland, das mit seiner Hilfe zugleich den Kommunismus als neue Weltanschauung anbietet.

Eine Stadt Japans beruft katholische Missionäre

Die Stadt Mizu in der Präfektur Hyogo, eine Stadt mit 9000 Einwohnern, von denen kein einziger katholisch ist, hat an eine Missionsstation das Ersuchen gerichtet, so bald als möglich Priester und Schwestern zu entsenden, die angesichts der drohenden Gefahr des Kommunismus der Bevölkerung helfen und die Stadt zu einem Zentrum des Katholizismus machen mögen. Sie wünschen, daß ihre Kinder in einer katholischen Atmosphäre aufwachsen, und wollen Schulen und Internate errichten.

Die Stadtbehörden boten den Missionaren folgende materielle Hilfe an: ein Grundstück von 53 Hektar an der Küste, das als das schönste Stück in der Umgebung gilt; 2 Hektar Reisfelder; ein Haus, das als vorläufige Kirche und als Pfarrhaus dienen kann; ein großes Gebäude für die Schwestern.

Obwohl die Missionsstation, an die sich dieser Appell richtete, nur aus zehn Priestern besteht, die fast alle erst neu angekommen sind und von denen ein einziger fließend japanisch sprechen kann, gab sie die Zusage, bis zum Frühjahr Missionare und Schwestern in die Stadt zu entsenden.

Ökumenische Nachrichten

EKD und Rom

Etwas verspätet veröffentlicht das „Amtsblatt der EKD“ vom 15. April eine Entschließung der Synode der „Evangelischen Kirche in Deutschland zu ökumenischen Fragen“, die am 13. Januar in Bethel ursprünglich als Material zu einer eigenen Stellungnahme des Rates der EKD angenommen wurde. Der Text dieser Entschließung, der auch „das Verhältnis zur Römisch-Katholischen Kirche“ behandelt, ist dadurch gekennzeichnet, daß er die Katholische Kirche in einer Reihe mit den übrigen christlichen Kirchen nennt, dann aber sich mit ihr besonders auseinandersetzt.

Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ökumenischen Fragen

„Seit dem Abschluß der Eisenacher Kirchenversammlung hat die EKD eine neue und festere Stellung in der Gesamtkirche gefunden. Die Synode begrüßt die Gründung des Weltkirchenrates mit herzlicher Freude und verbindet damit den Dank für die große Hilfe, die ihr die anderen Glieder der Ökumenischen Gemeinschaft gewährt haben und durch ihre Fürbitte, durch ihr unermüdliches

Eintreten vor der öffentlichen Meinung des Auslandes und durch ihre materielle Unterstützung.

Die Synode sieht es als vordringliche Aufgabe der EKD an, diese Haltung des ökumenischen Verständnisses und der brüderlichen Hilfe im eigenen Lande zu bewähren. Sie begrüßt die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ und hofft zuversichtlich, daß ein Zusammenwirken mit den Freikirchen die besonderen Gaben, die jede christliche Gruppe empfangen hat, sich im gegenseitigen Verständnis und Wetteifer fruchtbringend für das uns gemeinsam anvertraute Werk entfalten werden.

Das größte und schwierigste Beispiel für die ökumenischen Spannungen und die ökumenischen Verpflichtungen in Deutschland ist das Verhältnis zur Römisch-Katholischen Kirche. Alle Christen sind gemeinsam einer christusfremden und christusfeindlichen Welt gegenüber gestellt. Die Umsiedlungen lassen in Deutschland keine konfessionell ungemischten Gebiete mehr übrig. Der Dienst an der Herrschaft Christi und die Verantwortung vor den Brüdern gebieten es, daß Teilkirchen, die nebeneinander leben, einander kennenlernen und ernst nehmen. Es wäre aber ein Fehler, wenn diese Begegnungen zu einer schwärmerischen Verbrüderung führten. Im Gegenteil, erfreuliche Erfahrungen beweisen, daß uns gerade ernsthafte Streitgespräche die Einheit der Kirche Christi deutlich machen können.

Voraussetzung solcher Gespräche ist aber, daß beide Teile bereit sind, auf einander zu hören und sich, zwar nicht von einer Überlegenheit des andern, aber von der Wahrheit Gottes überwinden zu lassen. Nur der bußfertige Aufblick zum gekreuzigten und auferstandenen Herrn gibt uns Freiheit und Nüchternheit, auch den Bruder zu sehen, wie er wirklich ist und wie er neben uns unter Gott steht. In dieser Gewißheit grüßt die Synode über die Grenzen der Konfessionen hinaus alle Glieder der Einen Heiligen Kirche Jesu Christi.“

Zu diesem Text bemerken wir: Der Ausdruck „Streitgespräch“ ist in der deutschen Sprache ungewöhnlich geworden und wird leicht als unfreundlich empfunden. In Begegnungen von Protestanten und Katholiken wird heute nicht mehr im vulgären Sinne des Wortes „gestritten“, d. h. aus Rechthaberei und ohne Bereitschaft zum Verstehen der andere angegriffen. Der Ausdruck entspricht jedoch dem in der Theologie geläufigen Begriff der „Kontroverse“; darunter wird eine wissenschaftliche Erörterung von Fragen verstanden, die durch die Gegenüberstellung von Problemen und Lösungsversuchen der Wahrheitfindung dienen sollen. — Solche Kontroversen sind auch in der Katholischen Kirche als möglich vorgesehen. Sie bedürfen jedoch in jedem Falle der besonderen Genehmigung des Heiligen Stuhles (vergl. CJC can. 1325,3 und das Monitum vom 5. Juni 1948; siehe H. K. Jhg. 2, H. 10, S. 443 f). Dem Heiligen Stuhl steht es frei, diese Vollmacht gegebenenfalls auch zu delegieren.

Die Autorität des Ökumenischen Rates

Da es immer wieder zu Mißverständnissen über die zentrale Organisation des Ökumenischen Rates der Kirchen kommt, als ob er eine Art „Überkirche“ mit eigener Verwaltungsautorität sein wolle, verweisen wir auf nachstehende „Erklärung“, die von der Vollversammlung in Amsterdam als Teil des Berichtes des Komitees II über „grundsätzliche Fragen“ angenommen wurde und die wir bisher nicht abgedruckt haben: